Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 11. Wir stärken Medien und Digitalisierung für eine vernetzte Zukunft

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir stärken Medien und Digitalisierung für eine vernetzte Zukunft

Die Zukunft ist digital. Doch auch unser jetziges Leben wird bereits in großen Teilen von digitalen Räumen und digitalen Prozessen beeinflusst. In sämtlichen Lebensbereichen erleben wir aktuell rasante technologische Entwicklungen. Deshalb sehen wir in der Digitalisierung eine große Chance für den Freistaat Thüringen, seine Bürger*innen und seine Wirtschaft. Als eine unserer Hauptaufgaben sehen wir die sich entwickelnde digitale Gesellschaft zu gestalten.

Doch die Digitalisierung kommt in Thüringen nur sehr schleppend voran, auch wenn Projekte wie die Onlinewache und andere OZG-Umsetzungen (z.B. ThAVEL) bereits erfolgreich genutzt werden. Oftmals aber scheitern Entscheidungen am Kompetenzgerangel oder verkrusteten staatlichen Strukturen – und stellen sich noch dazu als kommunaler Flickenteppich dar. Um in der digitalen Welt handlungsfähig zu bleiben, müssen wir unseren Blick deshalb weg von vereinzelten Leuchtturmprojekten hin zu grundsätzlichen Infrastruktur- bzw. Querschnittsthemen richten, welche handlungsleitend für alle Wirkungsbereiche sind.

Auch die Medien sind in unserer schnelllebigen digitalen Gesellschaft von großer Bedeutung. Sie gewährleisten den Zugang zu verlässlichen Informationen, Analysen und Hintergrundinformationen. Damit sind sie ein wichtiger Anker gegen Fake News und rechte Hetze. Gleichzeitig steht Thüringens Medienlandschaft vor großen Herausforderungen. Wir möchten eine vielfältige regionale Medienlandschaft stärken und Journalist*innen besser vor Angriffen schützen.

Kernziele:

- Eigenständiges Digitalministerium zur Bündelung von Kompetenzen im Bereich Beratung, Entwicklung und Betrieb
- Landeseinheitliche Digital-, Schnittstellen- und Datenmanagementstrategie
- IT-Sicherheit koordiniert stärken
- Eine zeitgemäße digitale Verwaltung entwickeln
- Transparenz durch quelloffenen Code sowie für alle verfügbare Daten
- Netzausbau für Glasfaser beschleunigen
- Innovation in Journalismusmodellen voranbringen und Bürgermedien stärken

Mehr Haushalte mit mehr Bandbreite: Breitbandausbau und Recht auf Konnektivität

Digitale Teilhabe beginnt mit einem uneingeschränkten Zugang zum Internet. Der Netzausbau ist für uns eine Grundvoraussetzung und muss deshalb sowohl quantitativ als auch qualitativ ausgeweitet werden. Eine ausreichende Netzabdeckung, genügend Up- und Download-Geschwindigkeit sowie niedrige Latenzen müssen gewährleistet werden. Auch muss es selbstverständlich sein, dass bei Ein- und Umzügen die Internet-Konnektivität ähnlich schnell hergestellt werden kann wie Anschlüsse für Strom und Wasser. Das stärkt am Ende auch den Wirtschaftsstandort Thüringen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Einen schleunigst verbesserten Netzausbau (Glasfaser, 5G) in Thüringen, indem weiße und graue Flecken geschlossen werden
- Unterstützung von Kommunen und Landkreisen bei der Planung mittels Landeskoordinierung und Förderung
- Evaluierung von Ausbaukonzepten wie etwa Verlegung in niedriger Tiefe oder das Nutzen von Leerrohren
- Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen wie FreiFunk und Netze für das „Internet der Dinge“

Zentrale Zuständigkeiten für Digitalisierungsprozesse

Unser Ziel ist es, in Thüringen die Weiterentwicklung einer digitalen Gesellschaft zu forcieren. Dies erfordert ein Umdenken in vielen Bereichen wie beispielsweise im Schulwesen, in Behörden und Verwaltungen, in den Kommunen sowie in Wirtschaftsunternehmen. Statt Bedenken und Ablehnung wünschen wir uns hierbei von den bestehenden, handelnden Strukturen zukünftig mehr Engagement und Mut bei diesem Prozess. Bisher sind viele Entscheidungen zu diesem Thema im Kompetenzgerangel verschiedener Zuständigkeiten untergegangen. Wir werden der Digitalisierung in Thüringen deshalb endlich eine Handlungsfähigkeit geben und ihr Potenzial entfalten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Bündelung von Digitalisierung und IT-Management in den Entscheidungsebenen und in der Landesregierung nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein
- Zusammenfassung der gesamten IT-Finanzen, aller IT-Anschaffungen, des IT-Projektmanagements, Change-Managements und Controlling sowie Grundsatzfragen und E-Government zu einem Ministerium
- Schaffung eines dazugehörigen Digitalisierungsausschusses
- Aufstellen einer landeseinheitlichen Digitalstrategie statt vereinzelter Pilotprojekte
- Thüringer Landesrechenzentrum stärken, dabei auf technische und politische Transparenz achten
- Staatsziel Digitalisierung nach Best Practice anderer Bundesländer oder Staaten
- IT-Sicherheit verankern, durch einheitliche Maßnahmen sowie Förderung/Anstellung von Fachkräften
- Landesweites Datenmanagementgesetz zur Einheitlichkeit und einfacheren Auswertbarkeit von Daten sowie Digitalisierung in Thüringen

Echte Digitale Verwaltung & E-Government

Die Bürger*innen Thüringens kommen mit "dem Staat" am ehesten über die Verwaltung in Berührung. Umso wichtiger ist es, dass die Verwaltung unseres Freistaats und der Kommunen zeitgemäß funktioniert. Nur auf diesem Weg kann das Vertrauen in den Staat aufrechterhalten werden.

Um den Anforderungen gerecht zu werden, ist ein ständiger Modernisierungsprozess notwendig. Für diesen Prozess dürfen nicht lediglich bisherige Verwaltungsabläufe mit digitalen Mitteln abgebildet werden. Es erfordert einen Ausbruch aus den starren Verwaltungsabläufen hin zu neu gedachten, angepassten Prozessen. Unser Ziel: eine agile, moderne und tatsächlich digitalisierte Verwaltung. Zeitgleich braucht es Offensiven, für diese Anforderungen geeignetes Personal aus- und weiterzubilden sowie einzustellen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Begreifen und Aufstellung der Verwaltung als Dienstleistung
- Schaffung einer agilen Verwaltung und gesunden Fehlerkultur mit Feedbackschleifen
- Anpassung ungeeigneter Personal- und Organisationsstrukturen der Öffentlichen Verwaltung an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts
- Stärkere Nutzung von Automatisierungspotenzialen
- Grundlegende Programmierkenntnisse, Projektmanagement, dazugehöriges Controlling verpflichtend in Verwaltungsapparat etablieren, zum Kriterium bei der Beurteilung in der Thüringer Beamtenlaufbahn etablieren
- Aus- und Weiterbildungen benötigen entsprechende digitale und verwaltungsstrukturelle Schwerpunkte
- Front-Office (Beratung von Verwaltung für Bürger*innen) und Back-Office (Hintergrundarbeiten an Verwaltungsprozessen, für Bürger*innen unsichtbar) Strukturen in der Verwaltung etablieren
- Unterstützung der Bürger*innen bei digitalisierter Antragstellung, beispielsweise durch Begleitung im Front-Office oder Bereitstellung von nicht-digitalen Angeboten
- Flächendeckende Einführung der digitalen Aktenführung z.B. durch e-Akte
- Auf Bundesebene anregen, Hindernisse der Digitalisierung in Bundesgesetzen abzubauen (z.B. Schriftformerfordernis, Einscannen von Ausweisen, eID, …)

Digitale Bildung und Weiterbildung

Wir finden: Thüringen benötigt eine Weiterbildungsoffensive. Nur so können die vielfach angeschafften digitalen Lösungen auch zum Einsatz kommen. Der digitale Schub aus Pandemie-Zeiten muss als Chance verstanden und weiterhin genutzt werden. Hiervon profitieren am Ende Schulen, Betriebe, Verwaltungen sowie Unternehmer*innen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Weitere Förderung der Medien- und Digitalkompetenz in der Erwachsenenbildung, um auf veränderte Anforderungen im beruflichen Alltag vorzubereiten
- Hochwertige Lernangebote im Zusammenspiel mit wissenschaftlicher Expertise fördern, wie z.B. das Spawn-Point Institut
- Digitale Lernmöglichkeiten in Schulen sozial gerecht stärken und als selbstverständlichen Bestandteil der Unterrichtsgestaltung etablieren
- Lehrer*innenbildung für Digitales stärken (siehe Kapitel Schule)
- Ausbau der Angebote für Medienbildung und Informatik auch in Grundschulen
- Stärkung der Kommunen als Schulträger bei der Digitalisierung, unter anderem durch Weiterentwicklung der kommunalen Medienzentren zu leistungsfähigen IT-Dienstleistern für den Schulbereich, finanzielle Unterstützung bei Einstellung gut qualifizierter IT-Mitarbeiter*innen sowie bei Beschaffung und Betrieb der notwendigen Hard- und Software
- Stärkung der landespolitischen Verantwortung in der Digitalisierung der Schulen (siehe Kapitel Schule)

Digitale Teilhabe, Barrierefreiheit und Transparenz

In unserer zunehmend digitalisierten Welt spielen die Themen Barrierefreiheit, Transparenz und digitale Teilhabe eine zentrale Rolle. Diese Aspekte sind von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass alle Bürger*innen uneingeschränkten Zugang zu Informationen und Dienstleistungen haben. In Thüringen hat das Transparenzgesetz bereits eine Vorreiterrolle eingenommen. Dennoch besteht weiteres großes Potenzial, um diese Prinzipien in der Praxis effektiv umzusetzen.

In diesem Zusammenhang geht es nicht nur um die Freigabe von Informationen, die durch öffentliche Gelder gewonnen wurden – sondern auch um die Förderung von Open-Source-Lösungen und die Gewährleistung von Datenschutz. Ebenso spielt die Barrierefreiheit in der digitalen Landschaft eine zentrale Rolle. Ziel für uns ist es, die Chancen der Digitalisierung für alle Bürger*innen zugänglich zu machen und innovative Lösungen zu fördern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine bessere Nutzung der Potenziale des Thüringer Transparenzgesetzes
- Transparenzbeauftragte in den Kommunen und Verwaltungen schaffen, angelehnt an Datenschutzbeauftragte
- Alle Informationen, die mit öffentlichen Geldern durch staatliche Stellen, Forschungseinrichtungen oder private Unternehmen gewonnen wurden, der Allgemeinheit grundsätzlich frei und kostenlos zur Verfügung stellen
- Veröffentlichung der von öffentlichen Stellen beauftragten Software unter quelloffener Softwarelizenz: public money, public code!
- Alle digitalen Angebot der öffentlichen Verwaltungen Thüringens müssen entsprechend der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (BITV 2.0) barrierefrei sein
- Schnittstellen- und Open-Data-Strategie entwickeln

Resilienz und Nachhaltigkeit in der Digitalisierung

Auch im Bereich neuer Digitaltechnologien setzen wir uns für eine nachhaltige Ressourcennutzung ein. Nachhaltigkeit sehen wir dabei eng verknüpft mit digitaler Resilienz. Dies beschreibt den Zustand, die Kontrolle über die eigene Soft- und Hardware zu haben und zu behalten. Open-Source-Lösungen erhöhen hierbei die Nachnutzbarkeit, die Nachvollziehbarkeit sowie den Datenschutz.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Aufnahme und Bezifferung von Nachhaltigkeit als Kriterium in Vergabeprozessen (Green IT)
- Investition in Forschung und Wissenschaft und technologische Möglichkeiten ausschöpfen, um Nachhaltigkeit von Digitalisierung weiterzuentwickeln
- Verstärkter Einsatz von Open-Source-Lösungen (freie, quelloffene Software) mit eigenem Landesförderprogramm unterstützen

Digitale Wirtschaft und Innovationsräume

Wirtschaftliche Akteur*innen profitieren genauso wie Bürger*innen von einer transparenten und agilen Verwaltungsstruktur. Insbesondere die Nutzung öffentlicher Daten auch zu kommerziellen Zwecken kann Entwicklungen beschleunigen, wovon alle Bürger*innen profitieren können. Die digitale Welt lebt von Innovationsräumen sowie von Menschen, die Ideen entwickeln, Neues erproben und dabei auch einmal Fehler machen. Start-ups sind hierbei die Innovationsmotoren der Digitalbranche. Sie funktionieren nicht nach den bisherigen üblichen Schemata, sondern können auf das Prinzip von Trial-and-Error (Versuch und Irrtum) ausgelegt sein. So wird nicht jedes Start-up am Ende marktfertig oder kann sich am Markt durchsetzen. Dennoch schlagen sich die Erfahrungen aus jedem einzelnen Projekt in der Gesellschaft nieder. Daher wollen

wir Start-ups gezielt unterstützen, um die Innovationsfähigkeit im Land weiter voranzubringen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Unterstützung von Start-ups der Digitalbranche durch gezielte Förderprogramme und Beratungsnetzwerke (siehe Kapitel Wirtschaft)
- Stärkung insbesondere von Start-ups, die durch Digitalisierung Teilhabe für marginalisierte Gruppen erhöhen wollen (z.B. Gründer*innen im Tech-Bereich, Vielsprachigkeit im digitalen Raum, Barrierefreiheit im Sinne aller denkbaren Barrieren)
- Begleitung und Förderung von Innovationsräumen (z.B. Hackerspaces, Co-Working-Orte, Makerfairs) insbesondere im ländlichen Raum
- Gezielte Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Handwerksbetrieben bei Digitalisierung

Medien: Vielfältig, seriös, gesichert

Pressefreiheit ist ein Grundrecht. Zugleich ist sie für die Meinungs- und Willensbildung der Bürger*innen eine stimulierende und orientierende Kraft, während sie das politische System kontrolliert und gleichzeitig zu Transparenz und Anpassung nötigt. Eine Demokratie ohne Pressefreiheit und unabhängige Medien ist unvorstellbar. Der Qualitätsjournalismus sieht sich gegenwärtig erheblichem Veränderungsdruck ausgesetzt, vor allem mit Blick auf die anstehende Digitalisierung.Derzeit fehlen im Journalismus jedoch innovative Digitalprojekte und Neugründungen, sowohl in Thüringen als auch bundesweit. Durch einen transformativen Forschungsansatz, wollen wir solche Innovationsprojekte während ihrer Entstehung unterstützen. Besonders macht uns in diesem Zusammenhang die schrumpfende Presse- und Medienvielfalt in Thüringen Sorgen. Die latente Gefahr, dass durch Zusammenlegungen und Zentralredaktionen weitestgehend identische Inhalte verbreitet werden, macht sich immer stärker bemerkbar. Für uns nehmen die Bürgermedien in Thüringen eine besondere Stellung ein, wenn es darum geht Medien- und Meinungsvielfalt zu erhalten und Wirksamkeitserfahrung bei Bürger*innen zu ermöglichen.
Insgesamt wollen wir die Medienförderung nicht nur rein wirtschaftlich aufstellen, sondern auch den Erhalt und den Ausbau von Medienfreiheit und Medienvielfalt in den Fokus nehmen.

Populistische Stimmungsmache und Angriffe von rechter Seite setzen die Pressefreiheit in Thüringen zusätzlich unter Druck. Hierauf haben wir eine Antwort: Wir solidarisieren uns mit allen kritischen Journalist*innen, die Hassbotschaften, Ressentiments und Verschwörungstheorien konfrontiert sind.

Wir stehen klar zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und auch zum Rundfunkbeitrag. Wir finden: Seriöse Informationen und kulturell anspruchsvolle Inhalte werden in einer zunehmend fragmentierten Medienwelt mehr denn je gebraucht. Wir unterstützen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk darin, noch

klarer als bisher Prioritäten zu setzen: gegen Quotendenken, für Qualität, Kreativität und Zuverlässigkeit.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insbesondere mit Blick auf die Besetzungsverfahren und Zusammensetzung von Rundfunkräten und deren Professionalisierung, die Transparenz der Gremien, sowie die Deckelung der Intendant*innengehälter
- Förderung und Stabilisierung der privaten lokalen Fernsehsender im Rahmen des Aktionsplans Lokal-TV
- Förderung von lokal- und investigativem Journalismus
- Vielfaltsförderung auch für neue Formate (z.B. digitale Plattformen, die Inhalte mehrerer Verlage anbieten)
- Förderung von Bürgermedien in Stadt und Land durch zusätzliche Finanzmittel und professionelle Begleitung der Digitalisierung
- Förderung von Film & Produktionswirtschaft (Kreativwirtschaft)
- Förderung einer Transformative Forschung für den digitalen Journalismus
- Errichtung eines Kompetenzzentrums als Labor-, Erprobungs- und Transferstelle innovativer Journalismusmodelle